

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbauern und in allen Klaffen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatlich (frei Haus 2,50 RM, halbjährlich 1,25 RM), durch die Post bezogen monatlich 2,20 RM (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,30 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 2. Juli 1929

Nummer 151

Kriegsvorbereitungen der Industrie Probemobilisierung für den Krieg

Berlin, 2. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Leitartikel von heute morgen knüpft die Deutsche Allgemeine Zeitung an einen Bericht aus Japan an. Vor kurzem wurde in Japan eine Industrie-Probemobilisierung in einer Reihe von Fabriken durchgeführt mit dem Ziel einer plötzlichen Umstellung auf die Produktion von Kriegsmaterial mit Unterstützung des Heeres, der Flotte und der Kommunalbehörden. Viele Fabriken mußten die Zahl der von ihnen verordneten Kriegsmaterialien in einer bestimmten Zeit herstellen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung weist darauf hin, daß noch umfänglicher als in Japan in Frankreich nach der Initiative des Sozialdemokraten Paul Boncour die Wirtschaft und die Technik auf Kriegproduktion organisiert sei. In Deutschland befähigen wir einen Deutschen Luftschiffverein, der keineswegs gemittelt sei, ein bloßes Dasein zu führen. Die DAZ fordert praktische Arbeit, die nur in Gestalt von Übungen nach dem japanischen Vorbild denkbar seien, und die DAZ schließt wörtlich:

„Wir haben allen Grund zu schnellerem Tempo, denn die letzten Erfahrungen mit der Ratifizierung des Genfer Protokolls wegen Verbot des Gaskrieges zwingen gerade das von allen Seiten bedrohte Deutschland zu Taten.“

Die Sprache der Zeitung der deutschen Industriellen, die gleichzeitig inoffizielles Regierungsorgan der preussischen Regierung ist, ist sehr deutlich. Ohne Verschleiерung erheben die Kapitalisten hier ihre Stimme für die ernstesten Kriegsvorbereitungen. Das gesamte herrschende Getöse der Sozialdemokraten über die angebliche Kriegsfeindschaft Deutschlands, über die Friedensfreunde, die Abwertung, wird hier mit einem Schlag als Lüge und Betrug enthüllt.

Die Kapitalisten bereiten den Krieg vor.

Sie verlangen jetzt die ganz konkrete und praktische Einstellung auf den neuen imperialistischen Krieg.

Jeder Arbeiter, auch der, der bisher noch den Hoffnungen

der Kommunisten, daß die deutschen Kapitalisten Hoberheit für den Krieg rüsten, daß die Sozialdemokraten diese Kriegsvorbereitungen unterstützen, ungläubig gegenüberstand, wird aus dieser Haltung der DAZ sehen, daß die Kommunisten recht haben. Die Gefahr des Krieges ist in greifbare Nähe gerückt.

Die Probemobilisierungen in Japan, die sicherlich auch in anderen Ländern durchgeführt werden, beleuchten blühartig die Lage und die Größe der Gefahr für die Arbeiterklasse.

Die Forderung der DAZ kennzeichnet die Haltung der deutschen Kapitalisten, die Rolle Deutschlands im nächsten imperialistischen Krieg.

Es gibt keine Neutralität. Deutschlands Trustbourgeoisie ist schon heute profitulieren nach neuen Kriegsgewinnen. Die Arbeiter werden dabei die Leidtragenden sein, die werden die Ausbeutungsobjekte und das Kanonenfutter.

Laßt euch nicht erneut irreführen und betrügen. Jetzt kommt ihr auch den Sinn und Zweck des sich verschärfenden Terror erkennen. Jetzt könnt ihr auch begreifen, weshalb die sozialdemokratischen Führer den RWB verboten haben, weshalb sie die kommunistischen Zeitungen unterdrücken, weshalb sie mit dem Parteiverbot drohen. Jetzt begreift jeder Arbeiter, zu welchem Zweck die nationalsozialistischen Verbände unterstützt und ausgebaut werden.

Es gibt der Vorbereitung der Kriegsstimmung, der Zermürbung der Arbeiterklasse, deswegen Polizeiterror, deswegen Koalitionspolitik.

Arbeiter, Klassengenossen, die Lage ist ernst. Organisiert die proletarische, revolutionäre Einheitsfront gegen den imperialistischen Krieg.

Bereitet eine würdige Antikriegsfundgebung vor.

Am 1. August demonstriert unter den Fahnen des Kommunismus für den Sieg der Arbeiterklasse, für die Diktatur des Proletariats

Grzeffinitis Diktaturprogramm

Wer nach den Drohungen Severings mit dem § 48 die Gefahr der sozialfaschistischen Diktatur noch nicht begriffen hat, muß die Rede des Preussischen Innenministers Gezeffinitis, die er auf der Reichsbannerkundgebung in Frankfurt a. M. am 29. Juni hielt, und den offiziellen Leitartikel des Vorwärts vom 30. Juni „Schutz der Republik“ lesen. Rede und Artikel beleuchten blühartig die politische Situation. Sie beschäftigen in allen Punkten die Zeitstellungen des Weidinger Parteitag der KPD über die sozialfaschistischen Diktaturpläne der Müller-Severing-Grzeffinitis. Es ist von der größten Wichtigkeit, daß die Arbeiter in den Betrieben, daß die breiten Massen der Werktätigen in Stadt und Land nicht nur über die Diktaturpläne der bürgerlich-sozialdemokratischen Front aufgeklärt werden, sondern auch die verlogenen demagogischen Argumente zur Begründung dieser Diktatur durchschauen und sofort als elenden Schwindel zurückweisen.

Grzeffinitis sprach in Frankfurt über die Diktatur. Er machte dabei folgende „Entdeckung“:

„Die Diktatur ist die Regierungsform der Gewalt, die sich ein Volk, ganz gleich welches, heute nur gefallen läßt, solange es sie sich gefallen lassen muß.“

Das ist nicht einfach harmloser Blödsinn! Die „Entdeckung“, daß die Wähler sich die Diktatur solange gefallen lassen, wie sie sich die Diktatur gefallen lassen müssen, ist mit einer ganz bestimmten politischen Absicht verbunden. Das deutsche Volk soll sich die Diktatur der Sozialfaschisten auch gefallen lassen — wie lange, das werden nicht die Massen, sondern die Grzeffinitis, Severing, Wels bzw. ihre großbürgerlich-imperialistischen Auftraggeber bestimmen.

Die Magdeburger Diktaturpatrolen von Wels variierend, erklärte dann Grzeffinitis:

„Wenn es vorübergehend nicht anders gehen sollte, dann kommt allein nur die Diktatur der organisierten Massen des Volkes in Frage, die in den Gewerkschaften und im Reichsbanner zusammengelassen sind.“

Auf dem Magdeburger Parteitag sprach Wels von der Diktatur der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, im Reichstag Severing vom § 48, in Frankfurt spricht Grzeffinitis von der Diktatur der Gewerkschaften und des Reichsbanners. Verschiedene Namen, verschiedene Formulierungen für eine und dieselbe Sache: Für die faschistische Diktatur der Bourgeoisie ausgeübt von den Sozialfaschisten!

Das sehen die Klassenbewegten, selbständig denkenden Arbeiter. Das sehen noch nicht klar die Arbeiter, die noch nicht erkannt haben, welcher Schwindel hinter den sozialdemokratischen Parolen „Kampf gegen die Diktatur von rechts und links“ steckt. Die dringendste, wichtigste Aufgabe der Anführung ist daher die Entlarvung dieses demagogischen Betrugsmanövers der SPD.

Zunächst muß man auf den ausgeprägten faschistischen Charakter der Parole „Nur vorübergehende Diktatur“ aufmerksam machen. Unter der Fokung der vorübergehenden Diktatur wurde in Polen das weiße Terrorregime der Pilsudski-Diktatur errichtet. Eine nur vorübergehende Diktatur sollte auch die Willkürdiktatur Primo de Riveras in Spanien, die Diktatur der weißen Generale in Jugoslawien sein. Genau wie in diesen Fällen wird auch in Deutschland die Lüge von einer nur vorübergehenden Diktatur angewendet, um den Plan eines dauerhaften Diktaturregimes zu maskieren. Wie ernst es übrigens den Sozialfaschisten mit ihren Plänen ist, geht aus daraus hervor. Daß nicht nur Grzeffinitis, sondern auch der Vorwärts die „vorübergehende Diktatur“ propagieren. So schreibt der Vorwärts vom 30. Juni:

„Wenn wir bereit sind, unter außerordentlichen Umständen auch zu außerordentlichen Mitteln zu greifen, so deshalb, weil wir die Demokratie schätzen oder — im alleräußersten Fall — sie nach einer vorübergehenden Störung wieder herstellen wollen.“

Und nun zum „Kampf gegen die Diktatur von rechts und links“. Der Vorwärts glaubt die Arbeiter mit folgender albernen Perspektive schrecken zu können: Wenn die SPD sich passiv und neutral verhalten würde, würde im Straßenkampf zwischen Faschisten und Kommunisten entschieden werden, wer in Deutschland regieren soll, wobei wahrscheinlich die Faschisten den Sieg davontragen würden. Aber selbst wenn die Kommunisten siegen würden, müßte angesichts ihrer allgemein anerkannten Unfähigkeit ihr Sieg nach wenigen Tagen mit dem totalen Zusammenbruch enden. Dann wäre für die Diktatur von rechts freie Bahn. Also: damit die Faschisten nach einem Sieg der Kommunisten nicht die Macht ergreifen, deshalb muß die Sozialdemokratie mit den sozialfaschistischen Diktaturmethoden die Arbeiterklasse niederdrücken.

Es ist ein Zeichen für die schlimme Lage, in der sich die SPD befindet, daß Stämpfer außer einem derartig albernen Annemärchen nichts anderes zur Begründung der Diktaturpläne von Wels, Severing, Grzeffinitis anführen kann. Mit den Argumenten von Stämpfer wird man über keinen Hund vom Ofen locken können. Aber nicht in Folge, sondern trotz dieser Ar-

Regierungswirrwarr in Gachfen

Nationalsozialistisches Angebot an Kommunisten und Sozialdemokraten — Büngers Arbeit für die Große Koalition

Dresden, 2. Juli 1929.

Der Ministerpräsident Büniger hat heute seine Regierung noch nicht zusammen. Die Nationalisten haben in ihrem Vorhand einen Beschluß gefaßt, nach dem sie die Wahl Büngers als nicht ordnungsmäßig erfolgt betrachten und erklären, aus der Regierung auszuscheiden.

Heute teilt die Zeitung nun mit, daß Herr Büniger ein Kabinett unter Ausschaltung der Demokraten und Nationalisten bilden will. In diesem Kabinett sollen die Nazis das Innenministerium, die Deutschnationalen das Justizministerium erhalten. Weber soll Finanzminister bleiben. Dieses Kabinett verfügt im Landtag über keine Mehrheit.

Der Plan, den die Volkspartei hier verfolgt, ist ganz klar. Es ist Borarbeit für die große Koalition. Die evtl. Befehung des Innenministeriums mit einem Nationalsozialisten soll den Koalitionspolitikern in der SPD Wasser auf die Mühlen treiben.

Inzwischen vollführen die Nationalsozialisten ein neues Theater. Heute ging bei der kommunistischen Fraktion ein Schreiben ein, in dem die Nazis die KPD und die SPD zur Bildung der Regierung auffordern und ihre Bereitschaft erklären, diese Regierung zu unterstützen. Das Schreiben ist gezeichnet von Herrn Hellmut von Müde und im Auftrage der Reichsleitung abgefaßt.

Herr von Müde fordert die SPD und die KPD zur Besprechung auf, in der die Bedeutung der Unterstützung festgelegt werden solle. v. Müde wünscht die vertrauliche Behandlung des Schreibens.

Wir möchten hierzu zuerst betonen, wir kennen in politischen Fragen keine Vertraulichkeit mit arbeitersindlichen Parteien. Wir tragen die Politik für die Massen der Arbeiter auch offen vor den Massen aus. Wir werden das Schreiben, das wir heute wegen Mangels nicht bringen können, morgen veröffentlichen. Unsere Stellung zu einer aus einem bürgerlichen Parlament hervorgegangenen Regierung ist zu bekannt, als daß wir darauf hier noch besonders eingehen sollten. Das Schreiben ist aber bezeichnend für die enge Wesensverwandtschaft der Faschisten und Sozialdemokraten, es kennzeichnet aber auch die Schwierigkeiten, die Zerstückung im Lager der Kapitalisten. Die Nationalsozialisten, die ihren Wahlkampf mit großen Tönen gegen das Großkapital führten, unterstützen hier einen Vertreter dieses Kapitals bei der Wahl zum Ministerpräsidenten, damit enthielten sie schon ihre wirkliche Stellung. Das macht der Reichsleitung der Nazis einige Sorgen und sie möchten durch ein neues Mandat diese Stellung etwas verschleiern.

Praktisch bedeutet aber auch dieser Schritt der Nationalsozialisten eine Hilfsstellung für die Koalitionsbildung durch die Sozialdemokraten.

Die kommunistische Fraktion wird den Parteien im Landtag, in aller Öffentlichkeit Gelegenheit geben, ihre Stellungnahme zu bekunden.

Reichswehrartillerie

Immer wieder bekommt man zu hören, daß die Reichswehr für einen Krieg nicht zu gebrauchen ist, da sie nicht über die nötige Artillerie verfügt.

Gewiß besitzt die Reichswehr zur Zeit offiziell angeblich „nur“ 310 Geschütze leichter und mittleren Kalibers, jedoch dürfte es kein Geheimnis sein, daß die deutsche Schwerindustrie jederzeit technisch in der Lage ist, das, was fehlt, aufzuholen, wenn es erst so weit ist...

Die alte preussische Armee mit ihren tausenden Geschützen leichter, mittleren, schweren und schwersten Kalibers (42-cm-Mörser!) brauchte für die Instandhaltung dieses gewaltigen Artillerieparkes 2 254 011 Mark jährlich. Die Reichswehr mit ihren 310 Geschützen braucht aber jährlich (und erhält sie von der SPD bewilligt) 5 700 000 Reichsmark.

Diese hohe Differenz zeigt jedem denkenden Arbeiter, was gespielt wird und warum die KPD aufruft zur Massenmobilisation aller Werktätigen am 1. August.



gumente können Arbeiter noch auf die Parole „gegen die Diktatur von links und rechts“ hereinfallen.

Die Frage ist eben die: Wie verhalten sich Sozialfaschismus und Faschismus zueinander? Stämperl verwahrt sich gegen die Bezeichnung Sozialfaschismus und erklärt die Sozialdemokraten seien „bemühte und konsequente Antifaschisten“. Er begreift sehr gut die Gefahr die für die SPD darin besteht, daß die Entstellung der SPD zu einer sozialfaschistischen Partei von den Massen erkannt wird. Um so mehr müssen wir dafür sorgen, daß kein sozialdemokratisches Betrugsmännchen diese Erkenntnis der Massen verhindern kann.

Sind die Sozialfaschisten „Antifaschisten“? Keineswegs! Was heute in Deutschland vor sich geht, bedingt nur die Einschätzung des Faschismus und der Sozialdemokratie, wie sie das Programm der Kommunistischen Internationale gegeben hat. Für die Kapitalistenklasse und Faschismus und Reformismus zwei verschiedene Unterdrückungsmethoden, die sie je nach Bedarf gegen das Proletariat benutzt. Der einzige „Gegensatz“ der zwischen dem Faschismus und dem zum Sozialfaschismus sich entwickelnden Reformismus heute besteht, ist der Kampfstempel. Sowohl die Faschisten als die SPD bieten sich der Bourgeoisie an, die Arbeiterklasse mit Diktaturmethoden niederzuschlagen. Wenn aber die Bourgeoisie erklären wird, wir wollen euch beide beschäftigen, so werden solche Brüder erfahrungsgemäß sich sehr gern auf eine bestimmte Arbeitsteilung einrichten.

Wegbereiter des Faschismus — so haben wir die Sozialdemokraten bezeichnet, und diese Einschätzung ihrer Rolle wird heute nur Schritt und Tritt bestätigt. Das Verbot des KKK ist die stärkste Unterstützung, die den Faschisten überhaupt gewährt werden konnte. Die Massenbewusste Arbeiterklasse wäre mit den faschistischen Händen längst fertig geworden, wenn die bürgerlich-sozialdemokratischen Regierungen mit ihrer Politik nicht stündlich ihre Hand über Stahlhelm, Jungdo, Nazis usw. ausbreiten würden.

Wegbereiter und Bundesgenossen der Faschisten — sie sind es, und sie müssen es sein, weil sie im Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat dieselbe Rolle spielen wie die Faschisten!

Selbst die Sprache der Sozialfaschisten, die sich bis jetzt durch den demokratisch-papieristischen Phrasenschwanz von der deutlichen Faschissprache abhob, paßt sich im raschen Tempo dem faschistischen Kato der SPD an. So erklärt der preußische Minister Herr Geiselschlag:

„Die deutsche Arbeiterklasse würde diejenigen, die freudlos auch nur den Versuch machten, ihre politischen Rechte mit Gewalt anzutreten und auf Kosten des Volkes eine Vorherrschaft auszurichten, diesmal wirklich an die Katernspähle aufzuhängen und sich von niemand dabei in den Arm fallen lassen.“

Das Geiselschlag „im Namen der deutschen Arbeiterklasse“ und mit der Ansetzung der politischen Rechte der Arbeiter spricht, ist eine wahrlich allzu plumpe Mastierung seiner Drohungen. So ist alles klar, daß er keine echt faschistische Drohung an die revolutionären Arbeiter richtet.

Die dünne Haut der demokratischen Maske des Sozialfaschismus löchert immer mehr zusammen. Die Leute, die die proletarische Diktatur zehn Jahre lang mit der verlogenen Parole „gegen jede Diktatur, gegen jede Gewalt“ bekämpften, bekennen sich immer öftener zur Diktatur gegen das Proletariat.

Wir haben das arbeitserindliche sozialpolitische Programm, den Hunger- und Kriegsfurch der Koalitionsregierung und ihrer sozialfaschistischen Häupter oft genug aufgezeigt. Worauf es heute ankommt, ist, den Millionenmassen in den Betrieben, in Stadt und Land beizubringen zu machen: der Diktaturfurch der Sozialdemokratie und die verstärkte Uffizität der Faschisten sind zwei Seiten einer und derselben Erscheinung. Die Tätigkeit der Sozialfaschisten und der faschistischen Wehrverbände bilden zusammen die faschistische Gefahr.

Wegen dieser dröhnende Gefahr der faschistischen Diktatur gilt es die gesamte Arbeiterklasse in mobilisieren. Unsere Kampfkraftsmaschine steht im Zeichen des Kampfes gegen den Faschismus. Die Antifaschistenmilitärs in den Betrieben müssen gleichzeitig Träger der antifaschistischen Bewegung werden. Der gewalttätige Massenaufruf des Proletariats am Internationalen Roten Tag, am 1. August, wird den Feindern und Gesinnungslosen zeigen, wo der Kampf gegen den Faschismus führt und gegen wen ein Kampf, der mit den Faschisten abrechnet, geführt wird. Diktatur der organisierten Massen — jawohl, Herr Geiselschlag! Aber die Diktatur der organisierten Massen bedeutet nicht die sozialfaschistische Diktatur der Bolschewisten, der Gewerkschafts-Hierarchie und der Reichsbannerrollkommandos, sondern die Diktatur des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei gegen die imperialistische Bourgeoisie und ihre Schwarzweißrotten und schwarzrotgoldenen Agenten.

Das Truſtkapital befiehlt

Steuerenkung für die Kapitalisten / Kürzungen bei der Sozialfürsorge / Weitere Lasten für die Arbeiter / Die SPD wird parieren

Berlin, 2. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, der maßgebenden Partnerin der SPD in der Regierung, hat in ihrer letzten Sitzung am 27. Juni in einer Entschließung der sozialdemokratischen Koalitionsregierung die Maßnahme vorgeschrieben. Die Bekämpfung der deutschen Wirtschaft, das sind für die deutschen Kapitalisten wohlgerne nicht das Proletariat, mit Steuern und Lasten habe das Maß des Erträglichen überschritten. Die Ausgabenwirtschaft wie in den letzten Jahren müsse ein Ende haben. Die Entschließung räumt, daß bei Gestaltung des Haushaltes 1929 die Volkspartei dieser Auffassung bereits Geltung verschafft hat. Ohne Veränderung der wesentlichen Grundzüge könne das Ziel jedoch nicht völlig erreicht werden. Daher habe die Fraktion zunächst bei der die Reichsfinanzen in besonderer Art und Höhe befallenden Arbeitslosenversicherung Vorschläge gestellt, die die schwersten Schäden beseitigen sollen. Die Fraktion werde in ihrem Bestreben, die öffentlichen Ausgaben zu verringern und die Wirtschaft zu entlasten, fortfahren, auch auf anderen Gebieten die erforderlichen Veränderungen der gesetzlichen Grundlagen für die Ausgaben anzustreben. Voraussetzung sei, daß mehr Ausgaben vermieden würden. Die Fraktion werde allen anderen Forderungen energischen Widerstand entgegenstellen. Dann fordert die Entschließung, daß in diesem Sinne der Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern umgesehen werde. Die Heberweisungsummen an die Länder müßten eine Höchstgrenze erfahren. In den Ländern und Gemeinden müsse Sparmaßnahme gewirksam werden. Da die Fraktion die Höhe der Realsteuern mit großer Sorge verfolgt, so schreie sie vor dem Gedanken einer reichsweiten Erhöhung der Realsteuern nicht zurück. Auch die Heberweisung der anderen Steuern sei

nicht länger zu ertragen. Sie habe eine ausreichende Kapitalbildung verhindert und zu einer Abwanderung von Kapital geführt. Die Fraktion ist der Ansicht, daß diese Folgen nur durch Lastenabbau zu beugegen sei. Für den Fall neuer Verhandlungen wolle die Fraktion die entscheidenden Erleichterungen nicht zur Finanzierung von Ausgaben, sondern restlos zur Senkung der Steuern und Lasten verwenden. Die Fraktion erwartet ferner von der Reichsregierung für den Herbst Gesetzesvorlagen, durch die ihren wichtigsten Rechnung getragen wird.

Die Volksparteiler, das sind die Vertreter des Truſtkapitals, bitten ihre Forderungen. Schon seit Tagen haben sie angekündigt, daß die Senkung der Reparationszahlungen zur Erleichterung der Lasten für die Kapitalisten genutzt werden. Die Erparungen sollen ganz selbstverständlich bei der Sozialfürsorge gemacht werden. Der Angriff auf die Erwerbslosenfürsorge ist dafür ein schlagender Beweis.

Die Länder haben heute durchweg Defizitwirtschaft, ebenso die Gemeinden. Jetzt sollen die Heberweisungen noch verringert werden. Schon bauen Länder und Gemeinden die Soziallasten immer mehr ab. Der Etat, den der jüdische Finanzminister vorlegte, ist dafür ein Beispiel. Dieser Angriff soll fortgesetzt werden, so verlangen es die Truſtkapitalisten. Die SPD-Mitglieder werden parieren, sie werden einige Maßnahmen durchführen, um die Arbeiter zu betrogen, dann werden sie den Befehl ihrer Auftraggeber durchführen.

Die Arbeiterklasse muß auf den Angriff der Kapitalisten mit dem Kampf um sozialistische Lohnbewegungen, um höhere Löhne antworten, nur so, im ersten Kampf vermag sie die Angriffe der Kapitalisten, zurückzuschlagen.

Dokumentenfälscher Drloff vor Gericht

Berlin, 1. Juli. (Eig. Bericht.)

Heute vormittag begann vor dem Erweiterten Schöffengericht unter dem Vorsitz des Amtgerichtsrates Rüdiger der mit großer Spannung erwartete Prozeß gegen die Dokumentenfälscher Drloff und Pawlowski. Die beiden angeklagten Dokumentenfälscher werden von den Rechtsanwältinnen Jaffe und Dr. Raab vertreten. Die Anklage wirft ihnen vor, sich durch Betrug und Urkundenfälschung unzulässig Vermögensvorteile verschafft zu haben. In der Hauptsache dreht es sich bei diesem Prozeß um jene sensationelle Fälschung, die die Angeklagten gegenüber dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker begangen haben. Die beiden verurteilten bekanntlich diesem amerikanischen Journalisten ein gefälschtes Dokument, aus dem hervorging, daß die amerikanischen Senatoren Borah und Norris mit je hunderttausend Dollar für ihre russlandfreundliche Haltung belohnt sein sollten.

Unter den Zeugen, die das Gericht geladen hat, befinden sich u. a. der Kriminalkommissar Keller und der Regierungsrat Barthels, die beide jahrelang mit dem Fälscher Drloff zusammen gearbeitet haben und genau orientiert waren über die Spiel- und Fälschermethoden dieses Subjekts. Die Ladung dieser Zeugen zeigt, daß das Gericht sich in dem Prozeß bemühen wird, die Verbindungen der deutschen Behörden zu den Fälschungen Drloffs nach Möglichkeit zu verhindern.

Zu Beginn der Verhandlungen werden Drloff und Pawlowski von dem Vorsitzenden über ihr Vorleben vernommen. Da die beiden Angeklagten nur schlecht die deutsche Sprache beherrschen, geschickte dies unter Zuhilfenahme eines russischen Dolmetschers. Pawlowski berichtet, daß er im März 1917, nach der Kerenski-Revolution, dem Stadtkommandanten von Petersburg zugewiesen gewesen sei, und er rühmt sich u. a. am 5. Juli 1917 den ersten Anstand der Bolschewisten gegen die Kerenski-Regierung niederschlagen zu haben. Im Auftrag des weißgardistischen Generals Mannerheim, der Finnländ terrorisierte, sei er dann später nach Finnland nach Petersburg gereist, um sich in die GPU einzuführen. Dort oder habe man ihn Ende 1918 entdeckt und zum Tode verurteilen wollen. Es sei ihm aber gelungen, sich herauszureden, und er sei dann von der GPU nach Charkow geschickt worden. Er habe die Zeit in der Tscheka verbracht, um mehrere Koffer voll Material gegen die Bolschewisten zu sammeln, das er dann nach Warschau habe schaffen lassen. Im Jahre 1922 sei es ihm endlich gelungen, von der GPU nach Berlin geschickt zu werden. Dort habe er das inzwischen gesammelte Material endlich verwerten können.

Sodann berichtet Drloff über seinen Lebenslauf. Er war bis 1908 Untersuchungsrichter an verschiedenen Gerichten Petersburg und wurde dann von der russischen Regierung bestimmt, als Untersuchungsrichter in Hochverratsangelegenheiten zu fungieren. Während des Krieges war Drloff als Richter beim russischen Generalstab tätig. Gleich nach der proletarischen Revolution in Rußland verfiel es Drloff, sich unter einem falschen Namen in die Tscheka einzuführen. Dort aber konnte er sich nicht lange halten, da man ihn bald entdeckte. Bevor aber die Entlassung endgültig durchgeführt war, um Drloff zu verurteilen, gelang es ihm mit Hilfe des deutschen Konsulats, über die Grenze zu kommen. Er trat dann in die Dienste der weißrussischen Armee und war an leitender Stelle im Nachrückdienst der Konterrevolution tätig.

Nachdem Drloff sich lange über sein Leben und seine Tätigkeit verbreitet hatte, unterbricht ihn der Vorsitzende und führt aus, es fände darauf an, nachzuweisen, ob die Dokumente, um die es sich hier handelt, gefälscht sind, und ob sie mit Bewußtsein, daß sie falsch sind, verkauft wurden. Der Verteidiger Drloff erklärt, daß Drloff und Pawlowski seit langem im Dienst der Behörden ständen und darum nicht unaufrichtig gearbeitet haben könnten. Pawlowski habe sogar ein ständiges Gehalt bekommen.

Sodann wendet sich der Vorsitzende dem Borah-Dokument zu. Der Vorsitzende liest dann das erste dieser Dokumente vor, das von der angeblichen Befehlsgebung der Senatoren Borah und Norris handelt. Dieses Dokument ist ein Brief, der von Beamten der GPU geschrieben sein soll und in dem Klage darüber geführt wird, daß die amerikanische Verbindung sehr kostspielig sei und nicht gut genug arbeite. Aber da bisher keine bessere Verbindung für Rußland existiere, müsse man noch weiter mit diesen Senatoren arbeiten. Drloff und Pawlowski bestreiten, gewerkt zu haben, daß es sich bei diesem Brief um eine Fälschung gehandelt hat. Drloff gibt an, den Brief von einem handschriftlichen Dokument abgeschrieben zu haben, das ihm einer seiner Agenten zugestellt hat. Der Vorsitzende fragt nun Drloff, wie er zu diesem Dokument gekommen sei und wo sich jetzt das Originaldokument befinde. Drloff antwortet, das liege bei der GPU. Der Vorsitzende fragt darauf: „Wie konnten Sie denn das Dokument erhalten, wenn es jetzt bei der GPU liegt?“ Drloff entgegnet darauf ägernd, er habe mit einer Abschrift des Dokumentes bekommen, diese Abschrift mit Schreibmaschine abgeschrieben und die Originalabschrift zerrissen.

Severing bei den Dresdner Studenten

Eine üble nationalistische Rede

Gestern abend sprach Severing vor den Dresdner Studenten im Studentenheim Rammsteinstraße. Zahlreich waren die reaktionären Verbände Stahlhelm und Nazis aufmarschiert. Severing sollte über das Thema „Neuer Staat und neue Generation“ sprechen. Seine Ausführungen waren eine üble nationalistische Verleumdungsrede. Immer und immer wieder betonte er, daß wir uns „zuerst als Deutsche“ zu fühlen hätten. Dieses üble Andauern an das nationalistische Studententum hatte denn auch den Erfolg, daß die Nazis, die zu Anfang des Vortrages einige Zwischenrufe machten, bald verstummten. Eine Diskussion wurde abgelehnt. Severing hatte sich das Vertrauen der reaktionären Studenten erobert. In harmonischer Einigkeit verlief der Abend. Der nationalistiche Phrasendreck Severings konnte selbst nicht von einem Stahlhelmer überboten werden. Kein Wunder, daß er den Faschismus und den Klassenkampf abhörte. Gleich den Nationalsozialisten sprach er nur von „Erwerbsständen“. Die sozialfaschistischen Führer geben zu den Söhnen der Bourgeoisie, um sich durch „Säbelstreicheln“ und Predigen von sozialfaschistischen Lehren bei ihnen einzuschmeicheln. Die sozialfaschistischen Sozialfaschisten und das reaktionäre Studententum sind einander wert!

Firma Otto Kaufmann, Niederstedlig, sperrt die Gesamtbelegschaft aus

Immer frecher und brutaler gehen die Unternehmer gegen die Arbeiterklasse vor. Die Firma Otto Kaufmann in Niederstedlig verlangte von der Belegschaft, daß sie unter dem Tariflohn arbeiten solle, und zwar sollten die Arbeiter statt 83 nur noch 76 Pf. erhalten. Obwohl die Firma durch Arbeitsgerichts-urteil darauf aufmerksam gemacht wurde, daß sie den Tariflohn zu zahlen hat, weigert sie sich. Die Belegschaft hat einstimmig den Lohnabbau abgelehnt, worauf jetzt die Firma dazu überging, der gesamten Belegschaft zu kündigen. Eine jämmerliche Rolle spielt die reformistische Gewerkschaftsbürokratie. Trotz dem Verlangen der Arbeiter, sofort Kampfmaßnahmen einzuleiten, unternehmen diese nichts. Der Kampf wird ein sehr harter sein, und es ist Aufgabe der Arbeiterklasse, um nicht einem reformistischen Verrat zum Opfer zu fallen, sich sofort zur Führung des Kampfes eine von dem Vertrauen der Belegschaft getragene Kampfleitung zu wählen.

Vom Tage

Kraftwagen in voller Fahrt in die Menschenmenge
2 Tote, 8 Schwerverletzte

Ohlenhuth, 30. Juni. (Telunion.) Ein gräßliches Autounfall ereignete sich am Samstagabend nach einem Waldes der freiwilligen Sanitätskolonne von Ohlenhuth in der Nähe von Hoyerstadt; als gegen 21 Uhr der Seemannschiff angetreten wurde, fuhr hinter dem Zuge ein alter ausrangierter Sanitätskraftwagen, der zum Heimhofen der Gerätschaften und Bierfässer verwendet wurde. Auf der heißen Hoyerstädter Straße verlor die Brems- und das Auto fuhr mit voller Wucht in die Menschenmenge hinein. Bei dem Unglück wurden 2 Personen getötet und 8 schwer verletzt, von denen einer kaum mit dem Leben davon kommen dürfte. 7 Personen wurden leicht verletzt.

Schweres Automobilunglück bei Ostende

III. Brüssel. Ein Kraftwagen, der aus Ostende 41 Touristen nach Louvain brachte, wurde von einem Automobil angefahren und in nächster Umgebung von Ostende in den Graben geworfen. 30 Personen wurden dabei verletzt, darunter vier so schwer, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

Brüssel, 30. Juni. (Telunion.) In Audenarde wurden drei junge Mädchen von einem Kraftautomobil überfahren. Zwei von ihnen wurden getötet und das dritte schwer verletzt.

Zwei Knaben ertranken

III. Neustrelitz. Bei Kollnshagen kenterte am Sonntag ein mit drei Knaben besetztes Kahn. Der lebensfähige Sohn eines Schiffsbauers und der achtfährige Sohn eines Tagelöhners ertranken, während der dritte Knabe gerettet werden konnte.

Wegen Mordes zum Tode verurteilt

III. Glogau. Das Schwurgericht in Glogau verurteilte am Montag nach achttägiger Verhandlung den Schmied Wilhelm Firnth aus Kühnau, dem zur Last gelegt wird, am 25. April dieses Jahres seinen Schwager Emil Schulz mit einem Militärgewehr erschossen und seine Schwägerin Klara Schulz, mit denen er in Feindschaft lebte, zu ermorden versucht zu haben, wegen Mordes und Mordverdachts zum Tode und 15 Jahren Zuchthaus.

Russische Dörfer in Flammen

III. Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, vernichtete ein Großfeuer in einem Dorfe bei Kamel 141 Häuser. Mehrere 100 Familien sind obdachlos geworden. Die Zahl der Todesopfer soll 8 betragen. Die Brandursache ist noch nicht festgestellt.

In der Provinz Penza ging ein Dorf in Flammen auf, wobei 117 Häuser eingeebnet wurden



Explosion in der Gummifabrik

In der Gummifabrik von Höme in Preßburg entstand, wie bereits berichtet, eine Kesselexplosion, deren Folgen geradezu verheerend waren. Mehrere Tüchtigen Arbeiter und Arbeiterinnen wurden schwer verletzt, von denen schon bereits ihren Verletzungen erlegen sind. Unser Bild veranschaulicht die Verwüstungen, die im Kesselraum der Fabrik angerichtet wurden.

Bürgerliche Sozialpolitik im Dienste der Kriegsvorbereitung

Von Dr. Ernst Lohn

Viele Arbeiter glauben wirklich, daß die Sozialpolitik der Bourgeoisie dazu diene, das unerträgliche Leben froher, sorgloser zu gestalten und vergessen dabei ganz und gar, daß die Sozialpolitik in der heutigen Gesellschaftsordnung gar nichts anderes sein kann als eines der Mittel zur Wiederherstellung der arbeitenden Massen. Das ist durchaus keine neue Entdeckung. Vor dem Kriege (lang, lang ist es her...) war das auch einmal die Ansicht der Sozialdemokratie.

Zwei Möglichkeiten besitzt der Kapitalismus zur Unterdrückung des Proletariats: Jückerbreit und Peitsche. Bismarck wählte beides gut anzuwenden. Mit Sozialistengehelen und Sozialgesetzgebung verfuhr er einen Ball zu bauen gegen die immer stürmischer vorwärtsdrängenden Arbeitermassen.

Heute kann das kapitalistische Deutschland sich eine Gesetzgebung, die auch nur dem Namen nach sozial ist, nicht mehr leisten, denn der imperialistische Kurs der deutschen Republik erfordert die Anspannung aller Kräfte zur Vorbereitung neuer, insbesondere gegen die Sowjetunion gerichteter Kriege. Aus diesem Grunde immer erneute Angriffe des Unternehmertums auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse durch weitere Senkung des Reallohnes, durch neue Steuern direkter und indirekter Art für die breiten Massen, durch Erhöhung der Schulgelder und durch Abbau der Sozialgesetzgebung. Und das alles kann die Bourgeoisie in dieser herrlichen Republik sich wagen, ohne die „Starke Hand“ eines Bismarck, denn sie hat ihre Sozialdemokraten, die in verantwortlichen Funktionen in Reich, Ländern, Kommunen, Gewerkschaften gehoramt die Befehle der „Serren“ ausführen.

Müller und Jürgel sind die Repräsentanten des bürgerlichen Staates; sie zwingen immer noch die Arbeiter zu harter Fron für das Kapital. Erhöhte Ausbeutung in rationalisierten Betrieben und Abbau der sozialen „Rechtsansprüche“ aus der Gesetzgebung - das ist das wahre Gesicht des „neuen“ Deutschen Reiches.

Das „Vaterland“ braucht Soldaten im kommenden Völkermorden, es braucht ein riesiges Heer von Erwerbslosen als industrielle Reservearmee zur Niedrighaltung des Lohnes. Von solchen Erwägungen ausgehend treiben sowohl Jugenberg als auch Müller, Wessell und Seevering Sozialpolitik.

Von solchen Gesichtspunkten aus treiben sie ihre Bevölkerungspolitik, Mühen sie zur Verteidigung, ja zur Verschärfung des Gehirnganges im neuen Strafrechtsentwurf kommen. Was kümmert sie alle das Los von Millionen Arbeiterfrauen und -kinder, die an Mangel und Tuberkulose verkommen? Was kümmert Sozialdemokraten und Bürgerliche die Not von Hunderttausenden von Arbeiterfamilien? Die Interessen des Kapitals stehen auf dem Spiel, da gilt es nach der Weise zu tanzen. Sie haben allzu fest mit dem Altemerben auf dem Ministerstuhl. Während so auf der einen Seite die Arbeiterfrage zur Gebärmahne herabgewürdigt wird, fehlt es nicht nur an einem Ausbau des so außerordentlich mangelhaften Schutzes wenigstens der schwächeren Arbeiterin und ihres Kindes, sondern erfolgt auch auf diesem Gebiet ein Abbau, der jeder Behauptung spottet. Sämtliche Anträge der Kommunisten auf Verbesserung des Schutzes der Arbeiterinnen wurden zu wiederholten Malen in den Parlamenten, zuletzt im April im Reichstag, mit den Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt. Nicht anders steht es mit dem Schutze der Arbeiterkinder. Wir haben an der Hand amtlichen Materials aus den Gewerbeaufsichtsamtern des östlichen Aufschlusses, welchen ungläublichen Umfang die Kinderarbeit angenommen hat, haben darauf hingewiesen, daß die Auswirkungen dieser schamlosen Ausbeutung auf die Gesundheit der Kinder nicht ausbleiben werde. Nach wie vor geschieht nichts, um auch nur die sichtbarsten Schäden zu beseitigen. Immer und immer wieder erinnern wir daran, daß die Sozialdemokratie auf der einen Seite Millionen für Mitleidenszwecke bewilligte, aber sich gegen die Kinderpeinigung wandte!

Die soziale Reaktion läßt keines der zahlreichen Gebiete der Sozialgesetzgebung aus. Wir können hier nur Stichproben geben. Der Angriff richtet sich jetzt vor allen Dingen gegen die Arbeitslosenversicherung. Wir als Kommunisten werden uns keine Minute zu Verteidigern dieser „Versicherung“ machen, denn wir stehen auf dem Standpunkt, daß der bürgerliche Staat für die Dofor der kapitalistischen Wirtschaft durch ausreichende Fürsorgemaßnahmen zu sorgen habe. Aber nunmehr wird der vollständige Abbau auch dieser erbärmlichen „Versicherung“ in die Wege geleitet. Mit Beitragserhöhungen, Verlängerungen der Anwartschaften usw. wird man den Beginn machen, um schließlich alles in Ruß und Regen zu heiligtigen.

Ein Generalangriff wird mit dem sogenannten Arbeiterschutzesgesetz unternommen, das Herr Wessell vom Zentrumsmittler Brauns unter Hinzufügung weiterer Verschärfungen übernommen hat und welches im Herbst im Reichstag durchgesetzt werden soll. In seinen wichtigsten Abschnitten wird dieses Gesetz den Arbeitenden ein reines Befehlsgesetz zugunsten der zehn- und mehrstündigen Arbeitszeit ohne Ausnahme für Männer und Frauen, für erwachsene und jugendliche Arbeiter. Nur in ein Paralleles findet dieses Dokument in der Arbeiterschutzesgesetzgebung der gesamten kapitalistischen Welt. Lediglich von der

„Magna Charta der Arbeit“ eines Mussolini wird es übertroffen! Eindeutiger kann sich der sozialistische Kurs der SPD kaum demaskieren!

Als vor mehr als Jahrzehnt die Sozialdemokratie in den Reichstagswahlkampf zog, da trat sie als die Partei auf, die allein die sozialen und politischen Interessen der Werttätigen vertreten werde. Es gelang ihr damals besonders zahlreiche Stimmen aus dem Lager der Opfer der Arbeit und des Krieges auf ihre Liste zu vereinigen. Die Bilanz eines Jahres Koalitionspolitik zeigt, daß auch nicht eine einzige Forderung der Rentner und Invalidenversicherer verwirklicht wurde! Weder die Herabsetzung der Altersgrenze, die Verbesserung des Begriffs der Invalidität, noch die Erhöhung der Renten wurde durchgeführt. Im Gegenteil, die Sozialdemokratie machte sich auch hier zum Schrittmacher der sozialen Reaktion, indem sie sogar vom Bürgerloos bewilligten Winterbeihilfen ab. Immer wieder wurden die Anträge der Kommunisten verschleppt. Jetzt fand nun in Kiel der Verbandstag des Zentralverbandes statt. Herr Karsten begründete die Haltung seiner Partei im Reichstag mit den Worten: „Eine Regierung, die in Schulen bald erfährt, von der kann man nicht verlangen, daß sie uns

ein Himmelreich auf Erden errichtet.“ - Bedeutet das nicht vollkommene Unverwerfung unter die Forderungen der Schwerindustrie, Aufgabe der sozialen Interessen der Arbeitenden durch die reformistische Führung dieses Verbandes? Selbst ein Antrag auf vollkommen unge-

nügende Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre wurde auf dieser Tagung nicht erörtert, sondern dem Vorstande als „Material“ übergeben! Das verlangte die Rücknahme auf die sozialdemokratische Koalitionspolitik!

Wie weitgehend die Sozialgesetzgebung im Dienste der Kriegsvorbereitung steht, zeigt klar und deutlich der bereits erwähnte Entwurf eines Arbeiterschutzesetzes. Durch den § 37 des Gesetzes erhält die Reichsregierung ausdrücklich das Recht, im Berordnungswege im Falle eines Krieges oder anderer Ereignisse, die die Landesicherheit gefährden oder die kapitalistische Wirtschaft stark treffen (Streit, Bürgerkrieg usw.) die ganze Arbeiterschutzesgesetzgebung oder Teile derselben außer Kraft zu setzen!

Gegen diese soziale Reaktion gilt es alle Kräfte zu mobilisieren! Seht gegen bürgerliche Sozialpolitik und reformistische Sozialerrat

den Kampf um die Macht!

Organisiert euch in den revolutionären Organisationen! Schaupiel auch am Antifragtag, dem 1. August, das Recht auf die Straße!

Wer gegen neue imperialistische Kriege ist, wer für die Verteidigung der Sowjetunion eintritt und für den sozialen Fortschritt und den Sieg der Arbeiterklasse kämpft, der muß unermüdet in seinen Ohren die Mahnung klingen hören:

Links ran! Markiert auf am 1. August, allen Feinden und Verrätern zum Trotz!

Müller - der alte Römer „Er rettete Bismarcks Reich“

Die sozialdemokratische Presse vom 28. Juni froht von begeisterten Artikeln über Versailles bzw. über den Elan, mit dem die SPD-Führer damals die „Verantwortung“ auf sich nahmen. Alle Blätter loben die „würdige Rundgebung der Reichsregierung“ zum 28. Juni, deren nationalsozialistischer Charakter wir bereits kennzeichneten. Die Volksstimme in Frankfurt a. M. sieht sich sogar veranlaßt, auf der ersten Seite in „erschütternder Weise“ zu schreiben, wie Müller bei der Unterzeichnung von Versailles „mit seinem Füllfederhalter unterschrieb - den geringen Wäden der bisherigen Feinde preisgegeben und wie ihm der Schwelch aus allen Poren strömte in der schwersten Stunde seines Lebens.“

Das Hamburger Echo aber schlägt alle Rekorde. In bombastischer Weise erklärt es in einem Leitartikel zu Versailles unter anderem:

„Der Gang nach Versailles war ein persönliches und politisches Opfer von ungeheurer und hat Deutschland gerettet... Damals hat zuerst die Sozialdemokratie und dann das Zentrum den Mut gehabt, das Unvermeidliche zu leben und das Unvermeidliche zu tun. Der Mut hat sich gelohnt. Zehn Jahre später und das zerrissene, getretene, beschämte und gedemütigte Deutschland von Versailles steht heute einzig und allein wieder da, arm zwar und von furchtbarer Arbeitslast gedrückt, und dennoch mit Reichsständen auf dem Wege zur Wiederaufbau und Freiheit.“

Heute sind es zehn Jahre, da dieselbe Sozialdemokratische Partei durch den Mut zur Verantwortung und dem stillen Heroismus der Tat das Bismarcksche Reich vor der Zerrückung bewahrt hat. Kein Zweifel, daß ohne die Unerschrockenheit Hermann Müllers Deutschland am 28. Juni 1919 aus der Geschichte der Staaten und Völker ausgelöscht worden wäre. Kein Zweifel, daß wir Hermann Müller und Dr. Sell für ihre Unerschrockenheit danken müssen. Waren sie beide nicht wie die berühmten Bürger von Calais, von denen die dunkle Sage berichtet, daß sie im Vorkrieg mit dem Schwert um den Hals dem englischen Sieger entgegenzogen und den Tod in Scham vorzogen, um die Stadt und das Land zu retten? Waren sie

nicht wie die alten Römer, die es vorzogen, gebogen durch das kaiserliche Joch zu gehen, um, wenn man nicht die Gegenwart, so doch die Zukunft Roms zu retten?

Der Karren, der am 28. Juni 1919 bis an den Rand im Schlamm und Morast des Väterhofes und der Wodwast verlaufen war, ist um ein gehöriges Stück herausgezogen und wieder ins Rollen gekommen. Alle Mann in die Sporen!

Jawohl, wer wollte es bezeichnen, daß die sozialdemokratischen Führer den Kapitalismus in Deutschland vor der Revolution gerettet haben. Und wie sich ihr Heldennut von Versailles auf das deutsche Proletariat ausgewirkt hat, das muß wider Willen die „links“ Chemnitzer Volksstimme in einem gleichen Artikel kennzeichnen, der sich im Zusammenhang damit mit dem Ergebnis der Pariser Sachverständigenkonferenz beschäftigt. Es heißt da:

„Großmut der Sieger? Triumph des Kapitalismus? Nur müchtere Berechnung; die Vertiefung von Versailles hätte diese Welt aus den Fugen gebracht, hätte Deutschland nicht nur dem Bolschewismus ausgeliefert, sondern hätte die Flamme der Revolution auch weit im Westen zu den Siegern des Weltkrieges selbst getragen. Diese Angst hat die Feinde von gestern zusammengeführt... Das - nichts anderes ist denn auch der tiefere Sinn des neuen Pariser Plans: die Bourgeoisien aller Länder schließen auf dem Rücken des internationalen Proletariats ihren letzten Frieden. Um aber diesen offenkundigen Verrat zu verhüllen, läßt das deutsche Bürgertum heute Trauerfahnen wehen und Kirchenglocken läuten.“ (1)

Nichts kann besser vor den Augen der Arbeiterklasse den Verrat an der Revolution durch die SPD-Führer brandmarken als dieses Eingeständnis. Von Versailles bis zum Vonnaplan haben die SPD-Führer dafür geforgt, daß alle Laizen des Weltkrieges auf das Proletariat abgewälzt und die kapitalistische deutsche Republik am Leben blieb. Aber weder Hermann Müller - der alte Römer -, noch Seevering, der sozialistische Diktator, werden den Verrat der deutschen Revolution aufhellen können.

Schachts imperialistische Rede über den Vonnaplan

Einer der exponiertesten Vertreter des deutschen Imperialismus, der Reichsbankpräsident Schacht, hielt in München vor dem Deutschen Industrie- und Handelsstag eine Rede über die Pariser Sachverständigenkonferenz, die für die Zukunftspolizei des deutschen Finanzkapitals äußerst charakteristisch ist. Natürlich münzte Schacht auch in dieser Rede den Kurzwirtschaftler, doch ist der ganze Inhalt seiner Ausführungen ein Bekenntnis zum verschärften reaktionären Kurs auf allen Gebieten der Politik, wie er vom Finanzkapital gefordert wird. Im Eingang seines Vortrages bemerkt Schacht, daß er, bzw. die deutschen Sachverständigen nicht nur mit der Reichsregierung, sondern auch mit der Vertretung der „Arbeitnehmerschaft wie der Arbeitgeberchaft“ ständig Fühlung gehabt haben. Diese Andeutung Schachts kann sich auf nichts anderes als auf Verhandlungen mit dem ADGB beziehen, dessen Vertreter ja sich darüber beschwert hätten, nicht nach Paris eingeladen worden zu sein. So stellt es sich heraus,

daß die Gewerkschaftsbürokratie auch so Gelegenheit hatte, am Vonnaplan, der eine neue Ausplünderung der Werttätigen zur Folge hat, mitzuarbeiten.

Interessant ist, daß Schacht, der sich über die an der Arbeit der deutschen Sachverständigen geübte Kritik bitter beklagt, seine höchste Anerkennung dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Preußens zuteil werden läßt, dessen Rede einen Ausgleich gegenüber den Angriffen gelockert habe! Bekanntlich war Otto Braun derjenige, der den „Erfolg“ der Reparationskonferenz durch sein Eintreten für den Verbot des Roten Frontkämpferbundes gefördert hat.

Die finanztechnischen Ausführungen von Schacht über die Einzelheiten des Vonnaplanes bringen nichts Neues. Er betont sich zur „internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit“, die die neue Reparationsbank in die Wege leiten soll, d. h. zu den imperialistischen und sozialfeindlichen Plänen, in deren Dienst die Reparationsbank stehen wird. Natürlich findet Schacht, daß seine Forderungen betreffs der selbständigen Rohstoffversorgung Deutschlands mit Imperialismus und Unterdrückung der Kolonialvölker nichts zu tun haben. Es handelt sich nur um freibliche wirtschaftliche Tätigkeit. Zum Schluß seiner Rede erhebt Schacht gegen das sogenannte antiamerikanische Geschrei Protest und bricht eine Lanze für den Dollarimperialismus. Die Klage, daß Europa zu einer amerikanischen Kolonie werde, sei ganz unbedeutend. (Spitze gegen Stresemann?)

Zum Schluß verlangt Schacht die Steigerung der Produktion der deutschen Industrie, die Vermehrung des Exports und die erhöhte Produktivität der Landwirtschaft. Es müsse ein einheitliches Wirtschaftsprogramm aufgestellt und durchgeführt werden. Die Förderung der inneren Kapitalbildung ist das Gebot der Stunde. Die Finanzpolitik der Kommunen muß schärfer kontrolliert, ihre Anleihen eingeschränkt werden. Dieses Wirtschaftsprogramm von Schacht wird in seinem arbeitnehmerfeindlichen Charakter noch durch die offene Erklärung unterstrichen, daß man „der großen Masse der deutschen Bevölkerung nicht dauernd sozialistische Lebensansichtlichkeiten vorzupreden“ könne, solange Milliardenzahlungen geleistet werden müssen. Die Rede von Schacht signalisiert die weiteren Anschläge des deutschen Trustkapitals auf die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterchaft. Diesen Inhalt gibt es aus dem breiten Vhratenschwall seiner Ausführungen herauszufiltern und allen Arbeitern begrifflich zu machen.

Die Lehrerschaft gegen das Konkordat

Vom Dresdner Lehrerverein wird uns geschrieben:

Der Deutsche Lehrerverein hat in seinen Entscheidungen in Düsseldorf und Dresden erklärt, daß er das in Aussicht genommene preußische Konkordat aufs schärfste bekämpfen werde, wenn es Bestimmungen über die Schule enthalten sollte. Die unterzeichneten Verbände stellen fest, daß sie in dem jetzt vorliegenden Vertrag zwar Bestimmungen über die Schule nicht ausdrücklich enthalten sind, daß aber trotzdem die Schule durch zahlreiche Bestimmungen unmittelbar und mittelbar stark getroffen wird.

Der erste Artikel, in dem der Staat der Freiheit der Ausübung der katholischen Religion den gesetzlichen Schutz gewährt, besetzt der katholischen Kirche rechtlich die Möglichkeit, unter Berufung auf das kanonische Recht auch die Schule, und zwar sowohl nach ihrem Geiste wie in ihrer äußeren Einrichtung, und die Lehrerbildung zu beeinflussen.

Die in Artikel 5 der Kirche ausdrücklich gewährleisteten Eigentumsrechte bedeuten eine Erschwerung, Verzögerung und Beeinträchtigung der Trennung der vereinigten Schul- und Kirchenämter.

Artikel 9 und 10 machen es möglich, daß zukünftigen Geistlichen, die sich Ausbildung auf rein kirchlichen Anstalten oder

auf außerdeutschen Hochschulen erhalten, eine Einführung in das deutsche Kulturgut vorenthalten wird. Es bedeutet für das deutsche Bildungswesen eine schwere Gefahr, wenn so vorgebildete Geistliche als Religionslehrer oder als geborene Mitglieder der Schulkonferenzen tätig sind und in dieser doppelten Eigenschaft einen überaus starken Einfluß geltend machen können.

Die Bestimmungen über die katholischen Fakultäten bedeuten den Anfang einer Klerikalisierung der Hochschule, die auch auf alle übrigen Schulen verhängnisvoll wirken muß.

Der Deutsche Lehrerverein und der Preussische Lehrerverein müssen deshalb von ihrem Standpunkte aus auch den vorliegenden Vertrag ablehnen. Sie halten es für ihre Pflicht, die Öffentlichkeit, die Staatsregierung und insbesondere die politischen Parteien des Preussischen Landtages auf die der Schule und der deutschen Bildung drohenden Gefahren und auf die schwere Verantwortung, die mit der Zustimmung zu diesem Entwurf übernommen wird, nachdrücklich hinzuweisen.

Der Geschäftsführende Ausschuss des Deutschen Lehrervereins. Der Geschäftsführende Ausschuss des Preussischen Lehrervereins. Der Dresdner Lehrerverein.

Die Dresdner Volkszeitung lügt wieder über Sowjetrußland

Die Arbeiter antworten auf Volkszeitungsfragen in Briefen an uns

Wir haben immer wieder in langen Jahren Gelegenheit nehmen müssen, die Lügenhafte der Tante vom Weimarerplatz zu entlarren. Immer wieder konnten wir ihr nachweisen, daß sie in jeder — aber auch in jeder — Frage die Tausende mehr oder minder geschickt zu verhehlen suchte. Heute beglücken wir uns, nachfolgenden Brief im Wortlaut abzurufen, den uns der Vorsitzende der Dresdner Arbeitersperantanten schreibt und der am besten das Geheul der Volkszeitung kennzeichnet.

Die Redaktion.

Dresden, 30. Juni 1929.

An die Redaktion der Arbeiterstimme.

In ihrer Freitagnummer (Nr. 118) bringt die Volkszeitung einen längeren mit drei Bildern angehefteten Artikel unter der Überschrift „Geld in Rußland“. Wie verlagen uns irreführend vieler Artikel und keine Bilder sind, will ich kurz festhalten, da ich zum 1. Mai in Rußland gewesen bin und ganz andere Anschauungen machen konnte.

Als I könt eine gekühte Haus für in Leningrad und trage die Unterdrückung „Verfallende Häuser“. Typisches Bild einer Leningrader Hauptstraße. Also, wenn Zustände derart beschaffen (solche sieht man in Dresden täglich) Verfallserscheinungen sind, dann fällt es einem immer, an die normale Göttertempel der Leute vom Weimarerplatz noch zu glauben. Bore es nicht richtiger, wenn ich die Herren der Dresdner Volkszeitung einmal mit einem Schatzschatz in die hochhiesigen Winkel Dresdens begäbe mühen (Wahnsinn, Witzstücker) und ihren Leuten dann den Verfall der Schmiedelichtsticker demonstrieren? Nein, das tun sie nicht, man läßt sie lieber in die Kerne, obwohl dieselbe in noch viel schlimmerem Maße hier der Fall ist. Das würde ja auch dem dümmlichen Volkszeitungsleiter begreiflich machen, wie herrlich weit wir es in unserer „freien Republik“ gebracht haben. Da lämpft man lieber auf die Sowjet-Union, weil man die Schmierrenten nicht auf Vermehrung bringen kann.

Das zweite Bild mit der Überschrift „Geld, Geld!“, Schlangenscheit vor einem Lebensmittelladen — entspricht dem Inhalt. Aber jetzt kommt der Reiz der Sache: Wenn ich dieses Bild aufgenommen? Wir konnten während der Feiertage vom 1.-6. Mai in Moskau hiesigen Bilder wahrnehmen und haben uns einachend nach der Ursache erkundigt. Die Auskunft, die wir erhielten, war folgende: Man läßt auch dem Personal der Genossenschaft die Feiertage. Obwohl in den Zeitungen darauf hingewiesen wurde, daß die Feiertage für die Feiertage zu verfallen, gab es viele, die glaubten, dies sei nicht nötig, da ja von 9 bis 12 und von 16 bis 19 Uhr auch an den Feiertagen von Leuten dann während der Feiertage sich anstellen mußte, weil sie nicht genügend orientiert oder zu besorgen waren, sich ihr Brot rechtzeitig zu besorgen. So liegt die Sache, ihr Herren von der Dresdner Volkszeitung, und nicht anders. Wäre ein Brotmangel vorhanden, dann hätte man den Brotpreis Anfang Mai nicht von 13 auf 12 Kopfen pro Kilogramm erniedrigt, aber das kann ja die Volkszeitung nicht schreiben, weil das eine Anerkennung der Leistungen Sowjetrußlands bedeuten würde.

Den Höhepunkt der Demagogie bildet jedoch Bild 3, welches die Unterdrückung trägt: „Geld, Geld! — Kapitalisten, zeichnet russische Staatsanleihe“. Das Bild bezeichnet nach der Volkszeitung eine Fülle der Staatsbank, wo als lautholische Figuren keine Kapitalisten, auf dem Geldfuß sitzend, zur Zeichnung von Staatsanleihe auffordern. Auf dem Tische ist deutlich die Armenienkarte, Leningradfaja Oblastnaja Kontor zu sehen, was so viel heißt, wie Leningrader Gebietsbüro (eine Handelsorganisation). Jedes kleine Kind in Rußland weiß, daß Staatsbank — Kasbank heißt und die Anleihe verleiht und diese Anleihe tragen. Was soll aber diese offensichtliche Schwindel?

Nachdem Herr Silberling mit seiner 500-Millionen-Anleihe nach dem hohen Staatsgeldens an die Kapitalisten nur 177 Millionen zusammen bekam, muß man ja der Vorkasbank vorzählen, daß es unterwärts nicht besser ist. Und weil die „Internationale Sozialdemokratie“ nicht in Rußland zehieren darf wegen ihrer feindlichen Handlungswelt während des Bürgerkriegs, so sieht man eben über Rußland her.

Wie sieht es nun mit dem „Geldmangel“ in Rußland aus? Im vergangenen Jahre legte die Sowjetregierung eine Inlandsanleihe von 500 Millionen Rubel (eine Milliarde Mark) auf und nach verhältnismäßig kurzer Zeit war dieselbe geschmolzen. Nicht eine von Kapitalisten, nein von Arbeitern. Rußland zeigte uns Arbeiter ihre Anleihe über 100 Rubel und freuten sich ihren Anteil an der Inflation und Elektrifizierung der Sowjet-Union zu haben.

So sieht es in Wirklichkeit drüben aus, ihr Herren vom Weimarerplatz. Selbst bürgerliche Journalisten geben zu, welche Fortschritte die Sowjet-Union gemacht hat, aber „sozialdemokratische Objektivität“ darf ihren Leuten so etwas ja nicht vorlesen, um dieselben nicht rebellisch zu machen. Den Leuten der Volkszeitung oder sogar wir folgenes: hinaus mit diesem Schwindelblatt, das auch dauernd eine Brille aufsetzt. Admoniere die Arbeiterstimme, die einzige Zeitung, die auch wahrheitsgemäß über die Fortschritte des sozialistischen Aufbaus in der Sowjet-Union berichtet.

Mit proletarischem Gruß
ges.: Rudolf Siegenpant.

Anmerkung der Redaktion: Auf die Antwort der Volkszeitung sind wir gespannt. Wenn sie überhaupt kommt, so wird an ihr nur der neue Vögelwech interessant sein. Sonst nichts. Sie müssen eben gehen...



AM KOPFHÖRER

Dienstag den 2. Juli

16.30: Bunter musikalischer Nachmittag. 18.05: Umkehr in der Welt der Frau. 18.30: Französisch für Postgeschrittene. 18.55: Arbeitnahme. 19: Ueber Spanien und Portugal. 1. Vortrag: Portugal. 19.30: Jertit in Anhalt. 20: Wettervorhersage und Zeitnahme. 20.05: Christoph Willibald Gluck. 20.30: Aus Gluck Werken. 21.30: Deutsche Erzähler: E. T. A. Hoffmann: Der Ritter Gluck. 22: Zeitnahme, Wettervorhersage, Preisbericht und Sportlauf. Anschließend bis 24: Tanzmusik.

Sprechstunden der Redaktion

Dem dringenden Bedürfnis unserer Leser entsprechend, über alle Fragen Auskunft zu erhalten, haben sich Redaktion und Verlag entschlossen, ab 1. Juli regelmäßig folgende Sprechstunden einzuführen:

- Jeden Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde.
 - Jeden Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen.
 - Jeden Freitag von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde.
- Die Sprechstunden finden in den Räumen der Redaktion der Arbeiterstimme, Güterbahnhofstraße 2, statt. Jede Auskunft wird unentgeltlich erteilt.

Ab heute Dienstag! Eine raffinierte Krimstudie

Der Mann mit der falschen Banknote

7 Akte! Der Bankbezug eines Hochstaplers 7 Akte!
Großfilm nach dem gleichnamigen Kriminalroman / Hauptdarsteller:
Nils Asther, Siegfried Arno, Margarete Lanner

Auf gefährlichen Pfaden

Wild-West-Abenteuer

M.S. Lichtspiele, Moritzstraße

Täglich: 16, 18¹⁵ und 20³⁰ Uhr



Pionier-Faltboote, sämtliche Modelle neuester Konstruktion, mit 7-facher Gummihaut, ihre schneitige Form stempelt sie zu dem beliebtesten Wander- u. Regattaboote. Pionier-Zweisitzer, Mod. Z. 4. Abb. 2,20 x 0,72 Mtr., jedoch ohne Zubehör, **260,-**

- | | | | |
|---|------------------|--|-------|
| Fußleier, Pionier, Aluminium, komplett, mit Besenrücken | 14,- | Bocklänge, Grün, Weiß, Rot, Schwarz, nach Vor-schrift | 4 25 |
| Einzelwagen, Pionier-Modell A 11.50, Bomer-Modell, beste Konstruktion | 12 ⁵⁰ | Zelte, „Pionier“ A 8,- andere Fabrikate, versch. Größen | 36 75 |
| Bodenmatratze, Gipsfüllung, schweißbar, 60 x 90 cm groß | 12,- | Paddel, „Pionier“ A 9,- „Mariner“, Form Stahl-seit u. Hochland 11.50, 10,- | 7,- |

Bremersmanns Flach-Kajak, ein Paddelboot ersten Ranges, aus bestem Mahagoniholz, kupfergeplattet, sehr schneitige Form, 3,20 x 0,78 Mtr., Preis ohne Zubehör (Steuer dazu komplett) **285,-**

- | | | | |
|---|------|---|------|
| Lager- oder Großboot, 2,75 qm A 47.50, Treiber-Segel, 1,75 qm | 27,- | Kerk-Schwimmwürfel, in Ma-trosen, in verschiedenen Größen | 3 75 |
| Flaggenstock, Neuheit, un-schraublich A 1.50, ein-fach | 0 95 | Schwimmleier, Seehund, Hai-fisch, Fingerring, Platte usw. | 1 35 |
| Schwaback, imprägniert, gefaltet A 4,-, un-gefaltet A 13.50 bis | 4,- | Schwimmringe, aufblasbar, Gummi, für Nichtschwimmer | 7 50 |

Bafawe-Sport-Faltboote, leichte, sichere Wochen-end-Boote, genügend Stauraum, einfach im Aufbau, Zwei-sitzer ohne Zubehör **135,-**

- | | | | |
|---|------|---|------|
| Paddeltrikot, weiß, ohne Arme, doppelt, Größe 5 bis 7 | 1 65 | Regattahose, weiß, Koper, lang, mit Umschlag | 5 25 |
| Seehund, indanthrenfarbiger Batin, guter Schnitt, alle Größen | 1 50 | Puller, weiß oder mit Klee-farbe, ohne Arme, Größen 5 bis 7 | 6 50 |
| Tragtasche, 1 Teil, marine, schwarz und andere Farben | 7 50 | Seehund, weiß u. schwarz, Gummi, Gr. 18 x 12 x 15, 15 x 20 | 1 45 |

Besichtigen Sie bitte unverbindlich unsere Bootsaus-stellung im 4. Stock.

Für Boote wesentlich erleichterte Zahlungsbedingungen. Auskunft erteilt das Personal der Sport-Abteilung, so-wie unsere Rechnungs-Abteilung.



RENNER

Spezialdruck: Plakate

Die Peuvag druckt alles

Dresden-A. Güterbahnhofstraße

Proletarische Musikvereinigung Dresden-Friedrichstadt empfiehlt sich prolet. Organisationen

Anschriff: O. Schröder, Seminarstr. 23 I



Torpedo

QUALITÄTS-FAHRRÄDER
MOTORRÄDER
5 PS Viertakt-Motor — 200 ccm
STEUER- UND FÖHRERSCHEINFREI
BEQUEME RATENZAHLUNGEN, BIS ZU 12 MONATEN
PROSPEKT 10125 KOSTENLOS

TORPEDO FAHRRÄDER-SCHREIBMASCHINEN
WEILWERKE A.-G., FRANKFURT A. M.-RÜDELHEIM
TÖCHTERE VERTRETER GESUCHT, WO NICHT VERTRETEN.

Kauft nur bei unseren Inserenten!

G. BJELYCH L. PANTELEJEV

Schkid

DIE REPUBLIK DER STROLCHE

Peter Martin Lampel schreibt: „In einer unerhörten Spannung habe ich dieses russische Färsorgebuch gelesen. Zwei ehemalige Färsorgezöglinge dieses „Jugendgefängnisses“ oder Besserungsanstalt für Schwersterziehbare haben es geschrieben. Wir werden hingerissen durch die Einfälle, die Tollheiten der jungen Strolche, ihre Entschlossenheit, ihren Ernst.“

500 Seiten, Broschüre 4.50 M., Geb. 6 M.

VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE BERLIN

Unterricht
in Mandol., Gitarre (Laute) erteilt
MARTHA KRIENITZ
Luisenpark Nr. 2, IV (Seebadstr.)

Wo ist die beste und gemü-tlichste Einkehrstättle? Bei

Bernhard Hempel

Pirna, Schuhgasse

Gute Speisen und Bier / Verkauf von Wollfleisch im Laden / Prima Wurst
Pflaizen in Dresden-Leuben, Palmstraße und Neustädter Markthal.

Lichtspiele Freiburger Platz

Diese Woche Erstausführung:

Die Todeskurve von Hillbury-Rock

Abenteuer-Sensationstilm in 3 Akten
Dazu der lustige Teil: Einlage, 6 Akte
Einlaß 16 Uhr, Beginn 16.30, 18.30, und 20.30 Uhr

Während der Vogelwiese u. weg. Renovierung
Theater geschlossen!

Abenteuer im Florenz

Ein Roman aus dem faschistischen Italien, von Lawrence H. Desberry

(3. Fortsetzung.)

„Ein doppelter Schenkelbruch“, erklärte Tommy, „heißt nicht so rasch. Der junge Mann dürfte die nächsten Wochen im Bett verbrachten. Versteht du?“

„Nein!“
„Aber, Diana, nimm doch deinen Verstand zusammen! Ich bringe den Brief, ich werde der Überbringer des Briefes sein, demzufolge bin ich für einige Zeit der Ehrenwerte James Cartwright. Unter diesem Namen wird es mir gelingen, in jenen Kreisen Eingang zu finden, in denen sich Brian bewegen wird.“

„Tommy, du bist wirklich ein Teufel!“
„Das weiß ich.“ Tommy litt keineswegs unter allzu großer Selbstbeherrschung. „Jetzt aber gilt es, mich auf Herrn Cartwright zurechtzustimmen und dabei mußt du mir behilflich sein.“

Diana nahm die Zeitung, studierte sorgsam das Bild, betrachtete dann lange, prüfend, Tommys Äuße.

„Es dürfte gehen“, meinte sie schließlich. „Heutzutage sehen sich die jungen Männer alle so ähnlich. Wir müßten nur die Haarfarbe kennen.“

„Weiß ich, die habe ich aus einem der Solosubdizier herausgelacht, sie ist blond.“

„Wahrscheinlich“, sagte Diana mechanisch, den Blick auf Tommys braunes Haar geheftet.

„Gut. Und der kleine Schnurbart?“

„Den verschaffe ich dir, auch das Haar werde ich dir selbst färben. Die Größe“, Diana blinnte abermals auf das Bild, „dürfte ungefähr die gleiche sein.“

„Jetzt mußt du mir noch beibringen, wie sich ein Mitglied der oberen Tausend wirklich benimmt“, sagte Tommy, „du kommst doch auch mit diesen Leuten zusammen.“

„Sie haben schlechte Manieren“, erwiderte Diana, „aber nicht so wie du, Tommy. Sie haben die schlichten Manieren der Leute, die glauben, daß alles und alle auf der Welt nur für sie da sind. Ihre Art ist eine selbstverständliche, ganz verschieden von der der Bürger, deren Hochmut nur Unsicherheit verbergen soll.“

Tommy leuchtete. „Das ist mir nicht ganz klar; aber vielleicht wird man es in Italien auch nicht so genau wissen.“

„Wir wollen es hoffen. Wann willst du fahren, Tommy?“

„Spätestens übermorgen; je früher, desto besser. Sonst schreibe mein Freund Herr Benedetto Mazzini noch vorher an seine Leute, daß er seine Briefstapel mit wichtigen Dokumenten verloren hat.“

„Auf diese Art bist du zu dem Brief gelangt, Tommy, hast die Briefstapel gefunden? Du bist wirklich ein Glückspilz.“

„Ja, ich habe sie gefunden.“ Tommy lächelte eigenartig.

„Du hast doch auch in der Schule gelernt, Diana, daß ehrliche Arbeit stets ihren Lohn findet.“

„War kein Geld in der Briefstapel?“

„Doch, eine ganze Menge, achtzig Pfund und sechs Schilling.“

„Du kannst doch das Geld nicht behalten, Tommy!“

„Was denkst du von mir?“ Tommy sah ehrlich empört drein.

„Zuerst wollte ich es dem alten Gauner zurückgeben, dann aber fiel mir ein, daß er es höchstwahrscheinlich nicht zum Wohle der Menschheit verwenden würde und ich kam auf einen anderen Gedanken. Ich schickte es unter Angabe seiner Adresse an die „Internationale Arbeiterhilfe“. Der Alte wird sich schon wundern, wenn er ein Dankschreiben erhält.“

Diana lachte, dann fragte sie, ernst werdend: „An wen ist der Brief, den du überbringen sollst, adressiert?“

„An Herrn Cagli in Florenz.“

„Weißt du, wer der Mann ist?“

„Keine Ahnung.“

„Aber, Tommy, wenn er am Ende den wirklichen Cartwright kennt?“

„Ausgeschlossen, sonst hätte Herr Benedetto Mazzini nicht so genau über ihn berichtet.“

„Das stimmt.“

„Ich komme also morgen, und du mußt mir die Mäse, ja?“

„Ja.“

Diana hielt Tommys Hand fest. „Wie kann ich dir dafür danken, Tommy, daß du deine Ferien opferst, um Brian zur Seite zu stehen?“

„Auch beiden tate ich alles zullebe, Diana.“

Während Tommy heimstrebte, schmunzelte er vergnügt vor sich hin. „Ob ich nicht umfalle“, dachte er bei sich, „und Diplomat werde. Hätte ich Diana ehrlich gesagt, ich wolle gegen Brian's Willen nach Italien reisen, sie hätte mir nie und nimmer geholfen, so aber, wenn ich es als Opfer hinstelle, ist sie zu allem bereit. Man muß nur schlau sein; das Sprichwort sollte nicht heißen, ehrlich währt am längsten, sondern: ehrlich braucht am längsten.“

Tommy wurde so heiter, daß er laut zu singen begann. Dies hätte einen breitschultrigen, hochgewachsenen Polizisten, der, auf ihn zutretend, ihn barsch aufforderte, ruhig zu sein.

Tommy wagte den Mann höflich von oben bis unten. „Was fällt Ihnen ein“, sprach er gedehnt. „Wie unterstehen Sie sich, ein Mitglied der englischen Hocharistokratie zu belästigen? Wissen Sie nicht, mein guter Mann, daß die Straße nur für mich da ist?“

Der verblüffte Polizist wich zurück und Tommy schritt stolz-erhöhen Hauptes unbedrängt weiter.

Es scheint gar nicht so schwer zu sein, sich die richtigen Manieren anzueignen“, dachte er bei sich.

Am folgenden Tage gab Tommy einen beträchtlichen Teil seines Geldes für den Kauf „tandestemmer“ Kleider sowie für eine Fahrkarte 1. Klasse nach Florenz aus.

Den Nachmittag verbrachte er bei Diana. Hinter verschlossenen Türen verjuchte die junge Schauspielerin ihre Kunst.

Das Ergebnis war befriedigend. Wer den Ehrenwerten Herrn James Cartwright nur aus illustrierten Zeitungen kannte, wäre sicherlich geneigt gewesen, den eleganten, tadellos gekleideten jungen Mann mit dem kleinen blonden Schnurbart für den vierten Sohn des Herzogs von Chancen zu halten.

Diana betrachtete erfreut ihr Werk.

„Wo wirst du in Florenz wohnen, Tommy?“

„Ich weiß noch nicht.“

„Du mußt in ein gutes Hotel gehen. Solltest schon im voraus ein Zimmer bestellen.“

Tommy schnitt ein Gesicht. „Ob ich dazu genug Geld habe?“

„Daran dachte ich schon.“ Diana erhob sich und nahm von ihrem Toiletentisch einen zugewickelten Umschlag: „Nimm, Tommy, mein, mach keine Geschichten, du wirst es mir später einmal zurückgeben.“

„Brian wäre wütend, wenn er es wüßte.“

„Er braucht es nicht zu erfahren. Außerdem hat Brian, als ich noch ein kleines Mädchen war, der Mutter und mir

mehr als einmal geholfen, zu einer Zeit, da er selbst nichts hatte. Sollte er für irgendeine Arbeit Geld erhielt, kam er zu uns gelaufen: „Da, Frau Desford, hier sind meine Schulden“, und wenn er fortging, ließ er stets mehr zurück, als die Schulden betragen. Gönne mir doch die Freude, auch etwas für ihn zu tun.“

Tommy ließ sich überreden; nachdem er Diana verlassen hatte, erfragte er in einem Reisebüro den Namen eines guten Hotels in Florenz und nach am gleichen Abend freute sich der Direktor des Hotels Viktoria über ein Telegramm, in dem der ehrenwerte Herr James Cartwright für den übernächsten Tag ein Doppelzimmer mit Badezimmer für sich reservieren ließ.

Bei strahlendem Sonnenschein fuhr Tommy nach der kurzen, aber qualvollen Seefahrt durch die italienische Landschaft. Freundlich betrachtete er die herrlichen Farben und Linien, die weichen

blauen toscanischen Hügel. Schon die Meile an und für sich beglückte ihn, und wenn er nun noch an die Abenteuer dachte, die seiner harren, konnte er keinen Liebermut kaum mehr fassen.

Es abends bereits, als er auf dem häßlichen Florentiner Bahnhof anlangte.

Bequem im Auto zurückgelehnt, ließ er sich in sein Hotel am Lung Arno fahren. Seine frohlichen Augen schweiften hierhin und dorthin. Plötzlich zog er, die ihn schlingende Mäse verlassend, den Kopf zwischen die Schultern und machte sich ganz klein. Das neue Mitglied der englischen Hocharistokratie hatte den einzigen Menschen entdeckt, vor dem es einen gewissen Respekt empfand: den Bürgerliche entlang schlenkerte in Begleitung eines höheren hochgewachsenen Menschen ein nicht mehr ganz junger Mann von unverkennbar angelegentlichem Aussehen — Herr Harry Brand, alias Brian O'Keefe.

Beschluß des Ortsausschusses Limbach des ADGB:

Fest gegen die sozialdemokratischen Spalter!

Die „aufgelösten“ Ortsausschüsse bestehen weiter

Der von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie „aufgelöste“ Ortsausschuss Limbach des ADGB, Josef Schöberl, nahm am 26. Juni in einer Delegiertenversammlung Stellung zu der widerrechtlichen „Verfügung“ des Bundesvorstandes und las folgende Beschlüsse:

„Die am 26. Juni 1929 versammelten Delegierten des Ortsausschusses Limbach nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Schreiben des Bundesvorstandes des ADGB betr. Auflösung des Ortsausschusses Limbach.“

Die Auflösung bedeutet die Verletzung der Geschlossenheit der gesamten organisierten Arbeiterkraft des Industriebezirks Limbach.

Bei den kommenden schweren Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeiterkraft ist die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterkraft notwendig denn je.

Die Delegierten protestieren gegen die Maßnahmen des Bundesvorstandes des ADGB und erklären die weitere Aufrechterhaltung des Ortsausschusses Limbach.“

Damit haben die revolutionären Gewerkschaftsfunktionäre eine klare Lage geschaffen. Es ist kein Zweifel, daß die Ortsausschüsse Flöha, Hohenstein und Schönerfeld dieselben Beschlüsse fassen werden, weil sie im Interesse nicht nur der sachlichen, sondern der gesamten Arbeiterkraft durchaus notwendig sind.

Im was geht es? Es geht um die

Wiederrückführung der Diktatur der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie.

die die Gewerkschaften in die Koalitionspolitik der SPD einpaßt und damit die Arbeiterkraft der Bourgeoisie ausliefert. Die Brandt, Behle, Müller u. Co., die in Sachen die Große Koalition ohne jeden Vorbehalt vertreten und vorbereiten, sind die Urheber der Auflösung der oppositionellen Ortsausschüsse. Dieselben Rechte der Bourgeoisie, die in der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung“ für die Wahl der SPD bei der Landtagswahl aufzubereiten, rauben der Mitgliedschaft das politische Selbstbestimmungsrecht, wie sie mit den Beiträgen der Gesamtmitgliedschaft als auch der Kommunisten und der Opposition eine wilde Propaganda gegen diese führen.

Mit der Auflösung der vier Ortsausschüsse, die von ihrer politischen Selbstbestimmung Gebrauch gemacht haben, die sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen, geht die Ausschlußoffensive weiter. Erst vor einigen Tagen ist die Genossin Kischwitz aus dem DVB ausgeschlossen worden, weil sie ihre revolutionäre Pflicht tat und die Textilarbeiter in öffentlichen Versammlungen zur Wahl der Liste der KPD aufforderte. Das zeigt mit aller Deutlichkeit, daß auch im „linken“ Sektor der Kurs auf die Spaltung der Gewerkschaften im Interesse der Koalitionspolitik durchgeführt wird.

Alle Massenbewegten Gewerkschaften müssen mit der Opposition gemeinsam gegen die Auflösung der vier Ortsausschüsse, gegen die Ausschlußoffensive, gegen den Gefährdungsterror der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie kämpfen.

Nehme Stellung in den Betrieben und Verbänden!

Mobilisiert die Massen zum Kampf gegen die Spalter!

Die Bonzen des Verkehrsbundes bremfen

Bräuer macht in Kommunistenbege — Fahrbusch sagt: „Büßt euch der Leitung!“

In einer Versammlung der Dresdener Tagometerbauwerke, die zu der Frage der Tarifbindung Stellung nahmen, wählte sich der Verbandsschönbrunn nach Redlichkeit, die Kampfstimmung der Chauffeure, die eine Besserung ihrer Lebensverhältnisse, selbst unter Befolgung des Hamburger Beispiels, wo es zum Streik kam, herbeiführen wollen, abzubremsen. Er tat das mit den üblichen reformistischen Demagogemethoden. „Wir sind keine Wostaufrechte. Wir sind keine Katholiken (!) und keine Kommunisten (!), die jedem Befehl von oben dienstfertig nachkommen. Wir sind Demokraten, die beraten.“ Wie diese Beratung ausfiel, ging daraus hervor, daß der Kollege Fahrbusch die Chauffeure beschwor, sich der Leitung zu fügen. Bräuer bestritt das gefundene Lebensniveau der Chauffeure und riefte den Vorsitz dazu aus, selbst nach Diskussionschluß eindringlich gegen die Kündigung zu plädieren. Die Abstimmung ergab bei 293 abgegebenen, davon 5 unguiltigen Stimmen, 105 Stimmen für und 188 Stimmen gegen die Kündigung.

Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung nicht die Gewähr dafür bietet, daß die Höhe der Unternehmern zuzurechnende gemacht werden. Nur der gemeinsame Kampf der Bauarbeiter und aller Betriebsmitgl. mit den Erwerbslosen könne eine weitere Verschlechterung der Lage der Erwerbslosen verhindern. Die Versammelten erklärten sich durch Annahme folgender Entschlüsse bereit, diesen Kampf anzunehmen.

„An das Reichsarbeitsministerium und den Reichstag!“

In einer am 27. Juni 1929 stattgefundenen Delegiertenversammlung der Firma Gerstenberger u. Döhler, Baufeld Reich, wurde folgende Entschlüsse angenommen:

Die Delegierten nehmen Kenntnis von dem Sofort-Programm der Unternehmernverbände und erkläre darin eine ungeheure Verschlechterung für die Erwerbslosen im allgemeinen, und die Bauarbeiter im besonderen. Sie protestieren deshalb auf das schärfste gegen diese Pläne der Unternehmer und verlangen vom Reichstag die Ablehnung dieser arbeitfeindlichen Bestimmungen.“

Gegen das Sofort-Programm

In einer am Donnerstag, dem 27. Juni, stattgefundenen Delegiertenversammlung der Firma Gerstenberger u. Döhler, Baufeld Reich, sprach der Genosse Reichelt vom Reichsanstalt der Erwerbslosen über das Sofort-Programm der Unternehmernverbände. An Hand eines reichen Materials führte er den Bauarbeitern die ungeheuren Verschlechterungen des ADGB nach den Plänen der Unternehmer vor Augen. Er zeigte den Anwesenden, daß das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag und des Gewerkschaftsvertreters im

Ortstrantentasse Freitag am Dranger!

Ein Arbeiter der Firma Seidel, Freitag, erleidet auf der Baustelle Niederratha einen Betriebsunfall durch Quetschung am Fuß. Der Schichtmeister läßt nicht zu, daß der Arbeiter ordnungsgemäß verbanden und zum Arzt gefahren wird. Der Arbeiter muß mit seiner Verletzung nach Colbebaude gehen, um von dort nach Dresden zu fahren. Die Folge dieser Anstrengung ist eine Venenentzündung. Verantwortlich dafür ist die Profittiere der Firma Seidel, die für Fahrtkosten an einem Arbeiter, der in der Knochenmühle keine gefunden Glieder opfert, kein Geld „verschwendet“ will.

Wer nun aber glaubt, die Ortstrantentasse Freitag würde einem Fußverletzten Fahrmöglichkeit geben, irrt sich gewaltig. Die Forderung, ihm das Straßenbahnfahrgehd nach Dresden auszuhandigen, wurde abgelehnt. Daraufhin war der Arbeiter gezwungen, trotz seiner Verletzung den drei Stunden langen Weg von Dresden nach Dresden zu laufen, wodurch die Venenentzündung verschlimmert wurde.

Diese Kräfte der Wirtschaftsdemokratie sind praktische Anschauung für die Arbeiter. Die Sozialdemokraten tragen die Verantwortung für diese verbrecherischen Sparmaßnahmen an den kranken Arbeitern in den Krankenkassen. Wir haben sozialdemokratische Arbeitsminister, sozialdemokratische Krankenkassenverwaltungen, in Freitag einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister und eine edelgebildete Stadterhaltung, und gerade deshalb werden die Arbeiter so brutal behandelt. Die Taten müssen die Massen überzeugen von der Notwendigkeit, den Kampf um ihre Interessen aufzunehmen. Den Kampf um die Arbeiterinteressen führt nur die KPD, deshalb treten ein in die kommunistische Partei! Arb.-Korr. 977.



Bulgarien — trotz weißen Terrors — Klejntreits

Betriebsräte-Sprechstunde

Die Redaktion der Arbeiterstimme hat jetzt eine regelmäßige Sprechstunde für Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen eingerichtet. Die Sprechstunde wird jeden Mittwoch von 5 bis 6 Uhr in den Räumen der Arbeiterstimme, Güterbahnhofstraße 2, abgehalten.

Dresden-Alte Stadt

Die beste Einkaufsquelle für Sie
ist das
Wäsche- und Baumwollhaus
Frauenneck
Schössergasse 9
am Altmarkt
5: Sparmarken - Rabatt 5:

Köstliche Schokoladen
u. Süßwaren wirklich billige
SCHO-KA-TEE
Über 60 Sorten in
Dresden / Wildschütz / Kaiser
Freiberg / Piesitz / Kaditz
Görschen / Wahren / Kaditz
Schilling & Körner
Große Brüdergasse 16
Liköre, Weinbrand, Rum, Korn
Tabak-Liegen
Humboldtstraße 1
Ecke Annenstraße
1079

Musikhaus Otto Friebe
Ziegelstraße, Eckhaus
Steinsstraße
Größtes Geschäft der Branche
Gegründet 1902
Werkzeuge
Eisenwaren
Holzwaren
Gartengeräte
E. Harnapp
Kreuzstraße 1

Tischler- und Polstermöbel
Jetzt bricht sich Bahn, nur das, was gut,
beim Einkauf muß Du daran denken,
vor Billigkeit sei auf der Hut,
so kann Dir niemand etwas schenken
Hesse
Dresden-A., Rosenstraße 45
Teilzahlung / Eig. Werkstätten
554
Färben / Reinigen
G. br. Berthold
Dampffärberei
Weinligstr. 8 / Obelagerstr. 16
1566

Musikinstrumente
Zubehör und Reparaturen
A. Lorenz
Löttschhausstraße 6 / Fernspr. 10129
548

Lehner's Schuhmacherei
Boderitzer Straße 11, am Luthbad,
Neumarkt 3, an der Frauenkirche
545

Korbwaren - Fabrik
Stuhlröhren-Handlung
Carl Berndt
Kanaligasse 7 und 8 - Tel. 11593
541

PLATTEN

PLATTEN
ZAUBERFLÖTE
WETTINGERSTRASSE 35
547

Café und Rest. Alfred Böhme
Flemmingstr. 18 / Angen. Aufenthalt
522

Richard Nicolai
Kleine Kirchengasse 1
Wander- und Kletter Sportartikel
555

Kolonialwaren u. Feinkost
Landesprodukte
Max Rentsch, a. d. Frauenkirche 6-7
543

Größte
Spezial-Fabrik für
erstklassige Berufs-Kleidung
Oscar Bialla
Königsplatz 2 u. 3 u. Wetzingerstr. 11, Tel. 1596
1565

Wittwer's Schuh-Reparatur-Anstalt
Struvestraße 19
550

Radio-Zentrale O. Grohmann
Reitbahnstraße 3
556

Moritz Richter Herren- u. Damenfriseur
Josephinenstraße 5
564

Max Zill Spezialgeschäft
Am See 28
542

Holz- u. Kohlenhandlg.
C. Jungmichel
Dresden-A. 1, Schiffsstraße 2, Ecke
Freiberger Platz / Fernspr. 16369
549

Drogen-Spezialhaus
Kräutergewölbe - Farben
Spalteholz & Bley
Hilkestr. 20 / Telefon 13133 / Oegr. 1408
554

Schokoladenfabrik Bruno Clauß
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen


Schlüter VOLLKORN BROT
Herr Dr. A. L. in Nbg. Für Kinder, Schwächliche, gelähmte
Arbeiter und Mütter erscheint es schlechthin unerlässlich, je weicher
das Brot, um so weicher Nährwert besitzt es. Schlüter-Voll-
Kornbrot steht Ihnen aus für einen wunderbaren Geschmack,
süßlich, nahrhaft, ist billig und bekömmlich!
Schlüter-Voll-Kornbrot bleibt frisch vom Frühstück
bis zur Vesper, ein wirklicher Genuß nach harter Arbeit
Schlüterbrotfabrik Dresden G. m. b. H.
Telefon 43904
Alle Lebensmittelgeschäfte!

Edel-Haus
Bankstraße, Ecke
Bürgerwiese
liefert gesunde
Nahrung Pektin-
dunstung und auf-
klärende
Schriften
Hermann
Zschau
Joh. Curt Schube
Eisen- u. Kurzwaren-
Handlung
Troschenerstraße 8
1087
Reserviert
101
548

Fleisch- u. Wurstwaren Paul Lohmann
Florastraße 17 und Münzgasse 1
78
Kolonialwaren, Fleisch u. Wurst, E. Wurstwaren
Georg Holmann Am See 50
70

Puppen-Börftitz Herren- und Damenfrisur
Annenstraße 37 (Bad Lömmchen)
1082
Alleiniger Hersteller der ges. gesch.
Bundesabzeichen
Nachbau-
gera werden
streifenmäßig
verfertigt
Festabzeichen und Plaketten in
Emaille und geprägter Ausführung
Massenherstellungen
Metallwarenfabrik
Hermann Aurich, Dresden A. 16
Blumenstraße 49 / Fernruf 33814
547

Residenz-Büferei und Konditorei Seestraße 7
Pflanz
Waisenhausstraße 18
544

Bürgerkasino
Täglich Konzert und
Kabarett - Vorstellung
Anfang 16.30 Uhr
Große Brüdergasse 25
553

Santäthaus Frauenhof
Spezialität: Gesundheitsübungen
16 Pillnitzer Straße 16
1434
C. EMANUEL
Rampische Str. 81 / Bestecke, Scheren,
Messer / Reparaturen aller Art
1351

Pantoffel-Beger
Flemmingstraße 3, Eingang Kanaligasse
551

Tabakwaren, H. Fülle
Moritzstraße 15, Ecke Schiefgasse
544

Holmann's Maß- und Schabereparaturen
7 Heilstraße 1
1557
Hüte, Mützen Pantoffel- u. Filzschu-
waren / Gebrüder 1899
Oswald Köberlin - nur Freiburger Str. 18 - 1556

Café Einigkeit Palmstraße 3
528
Stempel-Walther
Eilige Stempel in wenig
Stunden
Dresden-A. 1
Annalenstr. 21
p. Lehnerstr. 26
79

Arthur Fünfstück
Wollstraße 23
Nähmaschinen, rahn-
fäden (nur führende
Marken) Reparaturen
1354

Spezialgeschäft
für Wander-, Kletter- u. Winter-Sport
Heinrich Fuhrmann, Neumarkt 11
1053

Schuhbeschlehanstalt M. MIETKE
Antonplatz 1, Kasernenstraße 24
1559

Hermann Paez
Kaffee- und Tee-import
Groß-Rösterei
mit elektrischen Betrieb
Trompeterstraße 11 / Fernspr. 20949
1056

Photo-Leinert
Weinligstr. 9 u. Dippoldswalder Platz
1658

Walter Trapp
Beleuchtungskörper, Elektr. Anlagen
Lillengasse 2
1060

BERUFSKLEIDUNG
aller Art
A. ALTUS
Große Brüdergasse 43, II.
501

Briesnitzer Mineralbrunnen
Arztlich empfohlenes Tafelwasser
Desgleichen mit Zitronen- und Himbeer-Aroma / Überall zu haben
114

Max Stiri
Ersatzteile
Wellingerstraße 43
515

Pachtmann & Schmitz
G. m. b. H.
Dresden-A., Am See 34
Telephon 27906
543
Motorräder:
Anel, Triumph, Tornax, Stock
Fahrräder
Nähmaschinen
Sprechapparate
Eig. Fahrlehrer, Solido
Reparaturwerkstatt
Pachtmann & Schmitz
G. m. b. H.
Dresden-A., Am See 34
Telephon 27906
543

Striesener Musikhaus
Borebergstraße 28 a / Ueber 30 Jahre bestehend / Fern-
ruf 31131 / Fabrik von Musikapparaten / Vertrieb von Schall-
platten / Bequeme Zahlweise
5675

Honigbuchenfabrik Oskar Schleich er
Gärtnergasse 8 Ecke Rosenstraße empfiehlt seine Spezi-
alität: Radkuchen an alle Arbeiter-Organisationen
1652

Fleischerei Franz Görner, Holbeinplatz 7
Fleisch- und Wurstwaren in bester Qualität. Tel. 13669 u. 13776
507
**Wirtschaftsversorgung u. Wohl-
fahrtsunternehmen in Sadisen**
G. m. b. H., Großenhainer Straße 12b
Verkauf an jedermann, ohne Mitgliedszwang und ohne Einzahlung!
7 Prozent Rabatt auf alle Waren
Prüfen Sie unsere Preise und Qualitäten!
Wir unterhalten folgende Fleischereien: Großenhainer Straße 18, Gehe-
straße 88, Rietschelstraße 10, Robert-Koch-Straße 14, Frankenberg-
straße 85, Deubener Straße 24, Treitschkestraße 8 und folgende Kolonial-
warengeschäfte: Großenhainer Straße 2, Gehestraße 27, Cottbusser
Straße 25 Großenhainer Straße 183, Burgstraße 28, Deubener Str. 24,
Frankenbergstraße 88, Poststraße 32, Schillerstraße 77, Lenbachstr. 11,
Rietschelstraße 10, Zeunerstraße 62, Würzburger Straße 66, Wiene
Platz 8 (Bl. Ostbau), Grillparzerstraße 8
1671

Uhren, Gold- und Silberwaren Gustav Smy
Moritzstraße 10 / Telephon 20326
552

Solid, preiswert, real kaufen Sie bei uns in
Sprechapparaten, Schallplatten, Musikbestän-
den, Reparaturen u. Sales. Musikhaus Willy
Barthel, Dresden-A., Am See 18, Tel. 27627
71
Gasthaus Flemminghof
Inhaber: Oskar Gottschalt
Flemmingstraße 15 / Telephon 22976
78

Alle Sorten
Brennmaterial
Julius Wanner, Annenstr. 56
74
Zigarren, Zigaretten, Tabake
Kurt Lindner, Maternstr. 12
via 3-via dem
Arbeitsamt
76

Gasthaus „Stadt Plauen“
Inhaber: Willi Baumgarten / Telephon 26524
Kleine Plauenische Gasse 18 / Vereinslokal
75
Geheuses-Drogerie, Photo-Druck
Dillinger / Dippoldswalder Platz 20
560

Kolonialwaren u. Landesprodukte
Bertha Wöhler, Am See 25
1358
Die weitestgehendste Auswahl an Original-
weinen, Korn, Obstweinen, mineralische Mineral-
wässer, Cognac, Liköre, Kornbrennweine, Obst-
weine, Blauschnecken zum Kochen
Zinnwaren, Porzellan, Porzellan
Obelagerstr. 15 / Ruf N. 27955
1360

Konditorei und Feinbäckerei
Ulrich Beger
Große Brüdergasse 13 / Ruf N. 27955
1360
Kolonialwaren, Weine, Spirituosen
G. br. Orenget, Limmerstraße 42
1659

Prob. Weiß- und Feinbäckerei
Paul Schmidt, Dillingerstraße 25
1673
Schuhwaren und Reparaturen
S. Kühnel, Limmerstraße 47
1660
Anton's
Raß u. Schuh-Reparatur
Neumarkt 14
1352

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Paul Richter
Josephinenstraße 9
1354

Wir empfehlen **Flaschenbiere** * Verein der Bierhändler * **Flaschenbiere**
Dresden und Umgegend